

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
In Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul.; amtlich 1 mm 30 Pul. und 24 Pul.; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelandet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Bräuer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 212

Montag, den 10. September 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Reichspräsident von Hindenburg begab sich am Sonntag zunächst nach Hofenberg und wohnte sodann einem Rennen in Riesenburg bei. In allen Orten wurde der Reichspräsident von der Bevölkerung begeistert begrüßt.

In dieser Woche soll die Rheinlandsache in einer gemeinsamen Sitzung der Mächte der Völkerbundkonferenz erörtert werden. England will das Flottenabkommen mit Frankreich wieder fallen lassen. Im besetzten Gebiet sind große Schiebungen mit Besatzungsgut aufgedeckt worden.

Der deutsche Dampfer „Bavaria“, der am Donnerstag während eines schweren Sturmes bei Föhr auf Grund gelaufen ist, ist am Sonntag abend vollkommen geborsten. Die Besatzung hat das Wrack am Sonnabend verlassen, auf dem nur der Kapitän auf eigenen Wunsch zurückgelassen ist.

Der albanische Ministerpräsident wird sich heute mit dem gesamten Kabinett der albanischen Nationalversammlung präsentieren und die Vertrauensfrage stellen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.
Steuertechnische Korrekturen. — Zur Erhebung der Wertzuwachssteuer. — Verzinsungen am Pfandbriefmarkt. — Velle Zahlungen der Reparationen.

In Berlin tagte in der vergangenen Woche der Reichsverband der Hypotheken- und Immobilienmakler. Dieses Gewerbe spielt gerade jetzt zur Zeit der erhöhten Bautätigkeit für die Zuführung der notwendigen Kapitalien eine entscheidende Rolle. Wenn auch die Bautätigkeit im vergangenen Sommer noch nicht das Ausmaß erreicht hat, wie man erwartet hatte, so ist doch immerhin durch die Vermittlungstätigkeit der Maklerschaft zur Finanzierung großer Bauprojekte manch Nützliches erreicht worden. Auf dieser Sägung wurden auch verschiedentlich Forderungen aufgestellt, die einschneidende Bedeutung haben. Vor allen Dingen wurde über die Wertzuwachssteuer sachlich debattiert. Die Wertzuwachssteuer sei unsozial, ungerecht und belaste nur denjenigen, der verkaufen muß. Der Syndikus des Reichsverbandes Deutscher Hypothekmakler, Dr. Merzbacher, behandelte in seinem Referat die jetzige Form der Erhebung der Wertzuwachssteuer und führte an Hand von Beispielen an, daß die Wertzuwachssteuer nur denjenigen belaste, der verkaufen müsse. Den Finanzkräftigsten, der das Grundstück behalten kann, belaste sie nicht. Tatsache ist schließlich auch, daß die Steuer fiskalisch das Unzweckmäßigste ist, was in den letzten Jahren hervorgehoben worden ist.

Gefordert wird, da eine vollständige Beseitigung der Wertzuwachssteuer der Reichsregierung widersprechen würde, eine strukturelle Veränderung der Erhebung der Steuer. Es muß sich um eine Reichswertzuwachssteuer handeln, und nicht um eine von kommunalen Gesichtspunkten erhobene Abgabe. Steuerbefreiung müsse vor allem dort eintreten, wo ein früherer Eigentümer, der in der Inflation sein Grundstück aus leicht erklärlichen Gründen verkauft hat, zurückwirbt, aber auch dann, wenn ein aufgewerteter Hypothekengläubiger das Grundstück erwirbt.

Die Lage am Pfandbriefmarkt wird durch die Konjunktur des Baumarktes wesentlich beeinflusst. Der Pfandbriefindex zeigt eher eine etwas sinkende Tendenz. Es werden zur Zeit 8prozentige Pfandbriefe im Durchschnitt mit 95 Prozent gehandelt, dabei stehen die 8prozentigen Stadtschulden noch relativ hoch, mit fast 97 Prozent. Der Durchschnitt der 7prozentigen Pfandbriefe beträgt etwa 88, während die 6prozentigen einen Durchschnittskurs von 85 Prozent haben. Relativ günstig ist die Kurshöhe noch bei 7prozentigen Stadtschulden, die als Anlagepapiere nicht ungenutzt gekauft werden und deren Abgang relativ gut ist. Deutschlands Finanzlage ist unter erhöhten Zahlungen aus dem Reparationsproblem zu letzteren besonders auch den Pfandbriefmarkt rechnen, relativ günstig. Bekanntlich muß für die nächsten Jahre die volle Reparationshöhe bezahlt werden. Ob die deutsche Wirtschaft in der Lage ist, laufend 2,5 Milliarden aus Steuern und Abgaben aufzubringen, ist, wenn man auf eine Senkung des Lebenshaltungsniveaus anstrebt, noch fraglich. Diese Forderung der Zahlung fällt zeitlich zusammen mit einem deutlichen Konjunkturabstieg. Die Aufträge in der deutschen Industrie haben fast überall nachgelassen, und es scheint, als wenn die Abschlüsse der Gesellschaften, die auf den 31. Dezember bilanzieren, nicht die gleichen Erträge aufweisen werden, wie es im Jahre 1927 der Fall gewesen ist. Man rechnet mit Preisrückgängen, hervorgerufen durch die Depression, im Ausmaß von etwa 5 bis 10 Prozent.

Unterredung des Reichskanzlers mit Lord Cushendun

Noch in dieser Woche Besprechung mit den Mächten der Völkerbundkonferenz?
Schweres Unglück beim Autorennen in Monza (19 Tote)

Genf. Nach der einviertelstündigen Unterredung zwischen Briand und dem deutschen Reichskanzler am Freitag hatte am Sonnabend Staatssekretär von Schubert eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Delegierten Lord Cushendun vermittelt, die in den Mittagsstunden stattfand. Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Lord Cushendun dauerte 40 Minuten. Staatssekretär von Schubert nahm an der Besprechung teil. Der Reichskanzler legte auch dem englischen Delegierten den deutschen Standpunkt in der Rheinlandsache dar.

Wie man von englischer Seite hört, hat Lord Cushendun in der Besprechung dem Reichskanzler Müller die Frage vorgelegt, welchen Plan man auf deutscher Seite hinsichtlich der Flüssigmachung der Reparationsverpflichtungen oder einer materiellen Teillösung habe, von denen Frankreich als der Hauptbeteiligte an der Rheinlandsache die Räumung abhängig mache. Er hat weiter erklärt, daß die Räumungsbesprechungen in Gemeinschaft mit anderen interessierten Mächten fortgesetzt werden sollen.

Reichskanzler Müller will nun auch die Räumungsfrage offiziell bei den anderen Mächten ansprechen. In Berliner politischen Kreisen rechnet man damit, daß

im Laufe der Woche eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Alliierten mit dem Reichskanzler zur weiteren Erörterung des Räumungsproblems festgesetzt wird.

Die Entwicklung in Genf scheint dem Außenminister in Baden-Baden große Sorge zu machen. Seit Freitag abend ist der Privatsekretär Dr. Stresemanns, Konjul Bernhardt, in Genf, offenbar mit dem Zwecke, sich über den Stand der Genfer Verhandlungen zu unterrichten.

Die Kanzlerrede und ihr Echo.

Die Rede, die der Reichskanzler Müller am Freitag nachmittag in der Vollversammlung des Völkerbundes hielt, zeichnete sich dadurch aus, daß sie den empfindlichen Ohren der Versammlung einige Wahrheiten sagte, die man eigentlich in diesem Kreise sonst nicht auszusprechen gewöhnt ist. Wenn auch der Reichskanzler die Notwendigkeit und die Vorzüge des Völkerbundes nicht abstreiten will, so hat er doch einmal klar heraus erklärt, daß der Völkerbund bisher erhebliche Enttäuschung gebracht habe. Immerhin etwas Neues, wenn der Reichskanzler von einem glatten Versagen des Völkerbundes offen sprach. Auch die Gegenüberstellung der Rede des norwegischen Ministerpräsidenten Mohr mit der des belgischen Außenministers Symons erfolgte in derart scharfer Form, daß der belgische Außenminister das als einen erheblichen Mißfall betrachtete konnte. Gewisse französische und englische Kreise nennen die Rede des Reichskanzlers „undiplomatisch“ und vermischen an ihr „Feinheit und Gewandtheit“, aber damit geben sie nur zu, daß sie nicht gewöhnt sind, Wahrheiten unverblickt anzuhören. Es mußte aber in Genf wieder einmal den Mächten deutlich gesagt werden, daß Deutschland, das völlig entwaffnet worden sei, mit ansehen müsse, wie andere Länder den Ausbau ihrer militärischen Machtmittel ungehemmt fortsetzen. Selbstverständlich, daß der Reichskanzler in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinwies, daß

die Entwaffnung Deutschlands vertragsmäßig der Anfang einer allgemeinen Entwaffnung sein sollte. Immerhin etwas ungewöhnlich, aber doch wieder nur allzu wahr, daß der Reichskanzler zum Schluß seiner Rede, als er die Vertrauenskrise des Völkerbundes berührte, erklärte, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn die Welt ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik konstatierte.

Die Kritik, die der Reichskanzler in Paris erfährt, läßt vielfach durchblicken, daß man ihn nicht als Diplomaten voll ansehen will. So sagt der „Matin“, „die Dinge seien doch nicht so einfach, wie sie sich der Mann des Volkes vorstellen“. Die chauvinistische Presse Frankreichs geht geradezu brutal mit dem Reichskanzler ins Gericht. Man fragt ihn, ob er denn nie etwas davon gehört hätte, daß Deutschland im Weltkriege eine Niederlage erlitten und den Versailler Vertrag unterschrieben habe.

In England betrachtet man die Kanzlerrede etwas sachlicher. Man nennt sie „gemäßigt, aber eindrucksvoll, überzeugend und gut“ vorgelesen. Man findet des Kanz-

lers Ausführungen „kraftvoll“ und hofft von ihnen, daß sie eine lebhafte Erörterung in dem Abrüstungsausschuß des Völkerbundes einleiten werden.

Der österreichische Bundeskanzler spricht in Genf.

Genf. Der erste Redner in der Vollversammlung des Völkerbundes am Sonnabend war der schweizerische Außenminister Motta. Er konstatierte die stets besser werdende Beschickung der Versammlung durch Ministerpräsidenten, Außenminister und Delegationen. Er begrüßt Spanien, Costa Rica und Argentinien. Sehr bemerkenswert war Mottas sehr scharfes

Entreten für die Minderheiten.

Er nahm den Vorschlag des holländischen Außenministers hinsichtlich der Minderheitenkommission im Völkerbunde auf. Hell könnte das Lob der Freiheit und Gleichberechtigung aller Staatsbürger aus dem Munde Mottas durch den Saal.

Als zweiter Redner sprach der österreichische Bundeskanzler Seipel. Der Bundeskanzler sprach deutsch. Er begann mit dem Sanierungswerk des Völkerbundes für Oesterreich, mit der ersten Völkerbundanleihe. Er findet, daß die Anleihe ein gutes Geschäft war, ebenso für Oesterreich als für den Völkerbund und für die Geschäftsleute, die das Geld gaben und jetzt ihre guten und sicheren Zinsen beziehen. Im ganzen feierte er die Anleihe als großes Friedenswerk von historischer Bedeutung. Er gelangte dann zu dem Kellogg-Pakt, zu den Sicherheitsarbeiten des Völkerbundes und zur Weltwirtschaftskonferenz und dankte hierfür Briand, Beneš und Loucheur. Deutschland beglückwünschte er zur Unterzeichnung des Artikels 36 des Haager Statuts, weil es damit als erste Großmacht das Schiedsgerichtswesen anerkannt habe. Er beklagte das Unterbleiben der Abrüstungskonferenz. Sehr warme und herzliche Töne fand er dann bei der Beurteilung der Unzulänglichkeiten gegen die Minderheiten und besonders gegen jene, die plötzlich Minderheiten wurden ohne eigentlich zu wissen, warum. Er erwähnte zur größten Eile bei endgültiger Abfassung des Minderheitenrechtes.

Auch Zaleski und Woldemaras ergreifen das Wort.

Sodann sprach der polnische Außenminister Zaleski. Er legte dem Kellogg-Pakt große Bedeutung bei, hält ihn jedoch für unvollständig, da ihm Sanktionen fehlen. Er stellt daher bloß eine Etappe auf dem Wege zum Frieden vor. Zaleski trat für die regionalen Sicherheitsverträge und für die gegenseitige Hilfsleistung ein. Die Abrüstung sei von der Entwicklung dieser Pakte nicht abhängig. In der Frage der Minderheiten lehnte er die Minderheitenkommissionen ab. Nur unter einer Bedingung könnte Polen den Minderheitenkommissionen zustimmen: Wenn der Minderheitenschutz auf alle Staaten ohne Ausnahmen ausgedehnt

Hierauf sprach Woldemaras. Er behandelte ausführlich den Kellogg-Pakt und beantragte formell die Anpassung des Völkerbundespaktes an den Kellogg-Pakt. Woldemaras zog sodann die Folgerungen aus dem Kellogg-Pakt für die Abrüstung und gelangte zu dem Schluß, daß die Anhänger Kelloggs sich der Abrüstung nicht mehr widersetzen könnten.

Offragen vor dem Völkerbundrat.

Genf. Bei der Sonnabendnachmittagsitzung des Völkerbundrates sah man fast die ganze Zeit wieder Polen auf der Anklagebank. Die zwischen Danzig und Polen zustande gekommenen Abkommen in der Frage der Westerpakte, des Anlegeschiffens und der Eisenbahntarife wurden dem Rat zur Kenntnis gebracht.

Von den Klagen des Deutschen Volksbundes wurde eine erledigt, zwei auf die 52. Tagung und eine auf später verschoben.

In der Frage der persönlichen Sicherheit der Angehörigen der deutschen Minderheit in Oberschlesien

kam eine Reihe schwerer Mißhandlungen zur Sprache, die von den Polen wenig oder gar nicht geführt wurden. Der Berichterstatter Norutia (Kolumbia) sprach die Hoffnung aus, daß in Zukunft Polen die nötigen Maßregeln gegen die Schuldigen ergreifen werde.

Einen sehr bedeutenden Raum nahm der Punkt ein,